

## **34 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP**

**Ausgedruckt am 16. 12. 1994**

# **Regierungsvorlage**

## **Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Georgien über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen**

Die Republik Österreich und die Republik Georgien, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind

- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
- im Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
- in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
- ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
- im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften

wie folgt übereingekommen:

### **Artikel 1**

(1) Die Republik Österreich und die Republik Georgien gewähren einander die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewähren wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abmachungen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

### **Artikel 2**

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten erleichtern und fördern.

### **Artikel 3**

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß insbesondere in folgenden Bereichen Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:

- Land-, Forst- und Almwirtschaft,
- Agrar- und Forsttechnik,
- Lebensmittelindustrie, Verbesserung der Verarbeitung, Lagerung, Verpackung und Transport landwirtschaftlicher Produkte,

- Leichtindustrie, einschließlich Produktion qualitativ hochwertiger und konkurrenzfähiger Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederwaren,
- Energiewesen, einschließlich Zusammenarbeit auf Drittmarkten,
- Gesundheitswesen, Medizintechnik, medizinische und pharmazeutische Industrie,
- Heil- und Mineralwässer,
- chemische und petrochemische Industrie,
- holzverarbeitende, Papier- und Zellstoffindustrie,
- elektrische Geräte und Haushaltstechnik,
- elektronische und elektrotechnische Industrie,
- Metallurgie, einschließlich Buntmetallurgie und metallbearbeitende Industrie,
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen und Industrien, Rüstungskonversion,
- Umwelt-, Natur-, Landschafts- und Bodenschutz, einschließlich Produktion und Anwendung biologischer Pflanzenschutzmittel,
- Aufsuchung, Gewinnung, Aufbereitung, Veredelung und Weiterverarbeitung sowie Vermarktung von mineralischen Rohstoffen und Bergbauprodukten,
- Ausbau und Revitalisierung der Kraftwerke, insbesondere im Bereich Hydroenergetik, sowie des Hochspannungsleitungsnetzes und der Leitungsnetze für Erdgas und Erdöl,
- Ölfeldtechnik,
- Bauwesen, Herstellung von Baumaterialien und Ausrüstungen,
- Planung, Errichtung und Betrieb von Tourismus- und Freizeiteinrichtungen.

Diese Zusammenarbeit könnte in folgenden Formen verwirklicht werden:

- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen,
- Errichtung von Firmenvertretungen und Niederlassungen,
- Investitionen und Unternehmensbeteiligungen,
- Technologie- und Know-how-Transfer, angewandte Forschung,
- Austausch von Patenten und Lizzenzen sowie sonstigen gewerblichen Schutzrechten,
- Harmonisierung von Normen und technischen Vorschriften,
- Zertifizierungs- und Prüfungswesen,
- finanzielle, Bank- und Versicherungsdienstleistungen, Marketing, Consulting und sonstige Dienstleistungen,
- Erstellung von Feasibilitystudien,
- Organisation und Durchführung von gemeinsamen Seminaren, Symposien und Konferenzen, Austausch von Delegationen und Experten im Wirtschaftsbereich,
- Austausch von juristischen, wirtschaftlichen, statistischen und technischen Informationen, Dokumentationen und Publikationen.

(3) In allen Bereichen der Zusammenarbeit sollen die Projekte grundsätzlich nach den höchsten Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden.

#### Artikel 4

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:

- Energie; Hydroenergetik,
- Eisenbahnnetze,
- Schiffahrt,
- Luftfahrt,
- Straßennetze,
- Telekommunikation,
- Transportwesen,
- Recycling und Abfallwirtschaft,
- Bodenverbesserung und Wasserwirtschaft.

#### Artikel 5

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen wesentlich beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen

## 34 der Beilagen

3

Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristencode“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

(2) Die wirtschaftliche, technische und fachliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf Qualität im Tourismus bedacht sein.

**Artikel 6**

Die Vertragsparteien werden den Schutz des gewerblichen Eigentums und dessen Durchsetzung im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und insbesondere auf Grundlage der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums fördern sowie Maßnahmen zur Entwicklung und zum Ausbau der Zusammenarbeit vereinbaren.

**Artikel 7**

Der Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Georgien erfolgt in Übereinstimmung mit den im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften in frei konvertierbarer Währung.

**Artikel 8**

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften können die Unternehmen beider Vertragsparteien zur Erhöhung des Handelsvolumens und zur Erweiterung der Warenvielfalt Handel in jeder beliebigen Form entsprechend den internationalen Handelsgebräuchen, darunter auch in Form von Counter- und Bartertrading, treiben.

(3) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

**Artikel 9**

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder zu solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

In diesem Fall stellt jene Vertragspartei, die die Konsultationen beantragt hat, der anderen Vertragspartei im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften alle für die Prüfung des Sachverhalts erforderlichen Informationen zur Verfügung.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung des Schadens erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen besonderer Dringlichkeit, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

**Artikel 10**

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

**Artikel 11**

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

2

(2) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften empfehlen die Vertragsparteien die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichtes eines Unterzeichnerstaates des am 10. Juni 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

### **Artikel 12**

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf oder einer Änderung des vorliegenden Abkommens unberührt.

### **Artikel 13**

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd in Österreich oder Georgien zusammentreten wird.

(2) Zu den Aufgaben dieser Gemischten Kommission gehören insbesondere:

- a) Erörterung des Standes und der Entwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen,
- b) Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung und Intensivierung des Warenaustausches und der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit,
- c) Unterbreitung von Empfehlungen zur Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens.

### **Artikel 14**

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Anwendung oder Auslegung des vorliegenden Abkommens sollen durch Verhandlungen im Rahmen der im Artikel 13 genannten Kommission beigelegt werden.

### **Artikel 15**

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitrittes zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisation sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insoweit nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

### **Artikel 16**

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(2) Das vorliegende Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats, der dem Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden, in Kraft.

Geschehen zu Wien, am 24. Mai 1994, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und georgischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

**Wolfgang Schüssel**

Für die Republik Georgien:

**Alexander Tschikvaidse**

34 der Beilagen

5

3 2 0 6 6 0 3 0

- ბეჭდმდევინელთბენ ნი თმბინივი სავირეო - კუნიში კუნი დარების განმტკიცების სერვისით,
- ისტრიუვიან ნი სიქონელნუნვისი და კუნიში კუნი, სიმ-რეწველი, ტექნიკური და სამკუნოებრი-ტექნიკური თანამშრომლის ფი-ნანსობრისის კენი თანასწორობის და ურთიერთსიანგებობის საფუ-ძველობი,
- დირმუნებული ინიან ნი, რომ იღნიშნული შეთინებები ხელ-უმწყობ წინაპირობებისა და მკეთრ საფუძველს შექმნის თმბინივი სა-ვირეო-ეკონომიკური კავშირების შემდგრმი განვითარებისთვის,
- საბაზრო ეკონომიკის პრინციპების გამომდინარე,
- ინივე ქვეყანაში მოქმედი კანონმდებლობის ფარგლებში,

3 7 b g o 1

1. ავსტრიის ჩესპებლიკა და საქართველოს ჩესპებლიკა ერთმის-  
უს მიანონებების უპირატესი ხელშეწყობის ჩეკიმს საბაჟო გოდასიხილ-  
ებისა და სხვა ანაკრებებთან, აკრეოვე საქონლის გატანი-შემოტანი-  
სას საბაჟო გოდასიხილებისა და სხვა ანაკრებების მოკრების წესთან  
მიმდინარეობის.

2. მხარეები შეთანხმდნენ, რომ უპირატესი ხელშეწყობის რევი-  
მი არ ვრცელდება, კურძო იმ შედაგათვებსა და უპირატესობებზე,  
რომელსაც ერთ-ერთი მხარე ანიჭებს ან მიანიჭებს მომავალში;

- 2 -

5) მემორანულ ქვეყნებს სისამართლოს კანკოლეციის მიზანი;

6) ქვეყნების რემონტის მისთვის კრიტიკული საბიურო კანკოლეციის, თავისუფლების ან მოწყვეტილების კანკოლობის მიზანი; რომელიმე უკავი არა კანკოლეციის მიზანი;

7) მემორანულ ქვეყნებს დიდებული მრავალმინიჭი ხალხურულებების აღმოჩენის, რომელიმე მემორანულ მიზანი არ მიმდინარეობს.

### მ უ ხ ლ ი 2

მხარეები მოვალე ქვეყანაში მოქმედი კანონმდებლობის ფარგლენი ბეჭედის შექმნის მიზანი ქვეყნის სისამართლების, მრვინიშვილების, სახოვალოებებისა და დაწესებულებების (შემდგომში "საწირმოების" წლებულის) მორის მომხრივი სავარეო-ეკონომიკური ურთიერთობების განვითარებას.

### მ უ ხ ლ ი 3

1. მხარეები, თავისი მემორანულებულებისა და თათთურულ ქვეყანის მოქმედი კანონმდებლობის ფარგლენის, ხელს შექმნის კანონმდივნი, სამრეწველო, ტექნიკური და სამეცნიერო-ტექნიკური თანამშრომლობის განვითარებას,

2. მხარეები შეთანხმებენ, რომ არსებობს შემდეგ სფეროებში თანამშრომლობის შესაძლებლობა:

- სასოფლო და სატყეო მეურნეობა, მაღალმთიანი მეცხოველეობა;
- სასოფლო-სამეცნიერო და სატყეო ტექნიკა;
- კვების მრეწველობა, სასოფლო სამუშაოების გადამუშავების, შენახვის, შეფუთვის და ცრანსპორტირების გაუმჯობესება;
- მსუბუქი მრეწველობა, მაღალხარისხის კოკურნებუნარიანი ტექსტილის, საქსოვი, ფეხსაცმლის, და გადავის საქონლის წარმოების ჩათვლით;

34 der Beilagen

— 1 —

- ერებული, მესიმე ქვეყნების ბინების თანამდებობის ჩათვალი;
- ანდოცია, სიმუშავის და დონოსიური წარმოები;
- სიმუშავის და მანეროსების წარმოები;
- ჭაბუკის და ნავთობჭაბუკის მრეწველები;
- სის გარემოსმეტებები, ხიქარების და კარგობის წარმოები;
- კულტურული უძრავი და ტექნიკი;
- კულტურული და კულტურული ქადაგები მრეწველები;
- მუზეუმები, ფინანს მუზეუმების რითულობის და დოკუმენტირების უმიջადებელ წარმოები;
- არაებული წარმოებების ნეკონსტრუქცია, მოდენიზმის, გა- დამოუკიდებელი და ინტერიერული, მდგრადი მრეწველების სიწარმოდ კონკრეტული ჩათვლით;
- კარგის, ბუნების, მინებაუგრის და ნიმუშის დაცვა, მც- ხის დაცვისათვის ბიორგოური სამუშავებების წარმოებისა და კა- რგის ჩათვლით;
- მინერალების ნედლების მოძიება, რეწვა, გამდიდრები და უძრავი გორგობების დაწესებელი მინერალების ნედლებისა და სიმუ- მრეწველობის მინერალების მინერალები;
- კულტურისაღვეურების გაფინანსები და რეკონსტრუქცია, კუნძუ- ლობის უზრუნველყოფის სერიაში, კულტურობრივი მაღალი კულტის ხაზების, აგრეთვე ბენებრივი კანისა და ნაკონის გრანისპირები- სითვის ხისით მიღებების ქსელის გადაწილები და რეკონსტრუქცია;
- ნაგობმოსაბოვებელი ტექნიკი;
- მშენებლობის, სამშენებლო მისაღების და ტექნიკის წარმოება;
- კუნისტული კომპოზიციების და დისავენტებელი სენტრების პრო- ეჭირება, მშენებლობის და ექსპლუატაცია;
- საკონი თხამშრომლობა შესაძლებელი განხორციელეს შემდგ ფორმები;
- ერთობლივი სიწარმოების შექმნა;

3 7 6 0 0 4

მხარეები, კიონიმიკურად მომვებიანი და კიონიკურად უბრუ-  
ოხო ინფრასტრუქტურის შექმნის აუკიდებლობისა გამომდინარე, შეთ-  
ხხმდება ძირითადი კუნიკლები მიმდევობრივი სანამშრობის შემდეგ  
სოკრებში;

- ქნერგეტიკი, პიროვნერგეტიკა;
- სარკინიგზო ქსელები;
- ნაოსნობა;
- საპარაზიტო ბიმოსგლა;
- საგზაო ქსელები;
- ტელეკომუნიკაციები;

## 34 der Beilagen

9

- 5 -

- საქრანსპორტი საქმე;
- ნარჩენების მკონადი გირამუბავები და უბილისები;
- ნივლების კოტბობებები და სიმყლენი მუქანები.

## მ უ ხ დ ი 5

მხარეები შეთინხმდენ, რომ ცენტრის დაცვის უფლისი შეტანის შეუძლებელი სიგარეთ-ეკონომიკური კრიტიკობული კორმიტულის სიქმედის სისტემის შემდეგ.

1. მხარეები ხელს შეუწყობენ კურინმას კანკორინების მოქმედი კონტროლობის ფინანსურის და გურეასის ურის არა არა მიზანური საკრანსპორტის გრძელების და მოვზურების კონფიდენციალურის (რომი, 1963წ.) და "კრიტიკის ქონგონის და ტურისტის კონფიდენციალურის" (ხოდი, 1985წ.) საფუძველზე.

2. კრიტიკის სფეროში პროცესების კანკორინური კონტროლი, იგრე-თვე შესაბამისი ინფრასტრუქტურის კანკორინური კონტროლი, სამრეწველო, ტექნიკური და სამეცნიერო-ტექნიკური თანამშრომელის განხორციელების გარემოს დაცვის პრინციპების დაცვითი დაცვითი და კრიტიკის მარათ დონეზე თრგანიზებით.

## მ უ ხ დ ი 6

მხარეები ხელს შეუწყობენ სამრეწველო საკუთრების დაცვის და უწერენველყოფენ მას საკუთრი შესაძლებელების ფინანსურის, სახე-ლმწიფოების კანკორინური და სამეცნიერო-ტექნიკური თანამშრომელის განხორციელების გარემოს დაცვის პრინციპების დაცვითი და კრიტიკის მარათ დონეზე თრგანიზებით.

## მ უ ხ დ ი 7

ანგარიშწორება და გადასახადები ავსტრიის ჩესპებრკასა და საქართველოს რესპუბლიკას შორის კანკორინურები თავისუფებელ კონკრეტიზებად ვაღევაში თითოეულ ქვეყანაში მოქმედი კანკორინუ-

କିମ୍ବା ଅନ୍ତର୍ଜାତିକାରୀ,

8 9 6 9 9 8

2. თითოეულ ქვეყანაში მოქმედი კიბონტრინგის ფასებისას, მხარეების საწინმოებს, ვაჭრობის მოწყობის ვახუდოს და ურთიერთ-მიწოდების საქმონის ნომენკლატურის განხდის მიზნით, შეცდილი ვაჭრობა აწარმოონ მსოფლიო პირების გადასახლით ნებისმიერი ფინ-მით, მათ შორის ბარეკენით და მუშავების არაფულობა.

3. თბილი ქვეყნის საწილოთა შენის გაჭრის ბორის კავერია  
მსოფლიო ბაზნის მიმღინარე დასებულის სალის კაბინეტი.

3 9 6 0 0 9

1. მხარეები მიმართვენ კონსულტაციებს იმ შემთხვევაში,  
როდესაც უწოდებული არის ექიმი რამდენიმე საქონლის შემოგა-  
ნას ისეთ რაოდენობებში, ან ისეთ ფასებში ან ისეთ პირობებში,  
რომელსაც მოაქვთ ან შეუძლიათ მოუკინონ საგრძნობი ზარალი ან აღ-  
ვერი ან კონკურენცია საქონლის მიერთონ მშობლების.

3. იმ შემთხვევაში, თუ მხიარული კვრ მიაღწევენ შეთანხმა-

## 34 der Beilagen

11

- 7 -

ების, ამ მხარეს, რომელიც შეცდინდა აქვს განცხადება კონკრეტულის ჩატარების თაობაზე, კონკრეტი აქვს შეცდების შესაბამისი საქმელის შემოგხივი იმ დღისა, რომელიც იცირული იყო ამ ჩატარების თაობაზე ამ თავისი სხვათანადო, ასეთ შემოტკიცები მეორე მხარეს კონკრეტული იმავე არ შეისრულება მარტველი მისამართის შინიშვი იღებული ვილებულებები ვიწოდის მოკლეობის დატოვობით უქცავლენგრი როგორც მიმდინარეობით.

4. იმ შემთხვევაში, თუ გაღიავების შეცდის საკრძოობი შემთხვევაში, დროებითი ზომების მიღები შეცდების შემთხვევაში მხარე, რომელიც მიმართებს აღნიშნულ ზომებს, დაუყოვნებლივ და წერილობით დონით იქნის მეორე მხარეს ამის შასახებ, რის შემთხვევაში დაუყოვნებლივ უძირდება დაიწყოს კონსულტაციები.

5. მხარეების მარტო აღნიშნულ მუხლში გათვალისწინებული ზომების შეჩერებისას უპირატესობა უნდა მიეკუთხოვ იმ დონის მიღების, რომელიც წინამდებარე შეთანხმების შემდგრმ ფუნქციონირებაზე მინიმალურ ნეგატიურ გავლენას მოახდენებ.

## მ უ ხ ლ ი 10

მხარეები უნდებ მცირე და საშუალო სიჩანმოების მრმხნივ ხა-  
განეთ ურთიერთობებში უფრო იქციური მონიშვნელობის სირვებისას და  
აუცილებლობას.

## მ უ ხ ლ ი 11

1. მხარეები რეკომენდაციას აძლევენ საზოგადო სიზოგნოების, წარმოქმნი-  
ლი დავები მიაგვარონ პირველ ჩიგში შეკომიტული გზით, რომელიც თანხმობის საფუძველზე.

2. თათოეულ სახელმწიფოში მოქმედი კიბონბრულების ფარგლებ-  
ში, მხარეები წაიხალისებენ საირბიგნის ჩეკლიმენტის გამოყენე-  
ბას, რომელიც შემუშავებულია საერთაშორისო ვიწოდის სიმბოლის

შესიხუბ ვიკრო კოსტას მარტ (UNCTRAL), და იმ ენციკლიკის ერთ-ერთი მონაცემი სისკომის სისტემის მიზანობრივი მიზანის შესრულების უქმებელის სისტემის ვალიუტურიული გადახუცესების მიზანის და სისრულები მოყვინის შესიხუბ, რომელიც დღიებული 1958 წლის 10 ავგისტის ნიუ-იორქში.

## მ უ ხ ლ ი 12

იმ შეთანხმების შეცვლის ან მასი მოქმედების შეწყვეტის შემთხვევაში მისი დებულებები ძირით რჩები რაიცე ქვეყნის სამართლის მორის ამ შეთანხმების მოქმედების დროს დაღებული კონფრატულისთვის, რომელიც ნაწილობრივ ან მოლისად ან შესრულები ამ შეთანხმების შეცვლის ან მასი მოქმედების შეწყვეტის მომენტისთვის.

## მ უ ხ ლ ი 13

1. აღნიშნული შეთანხმებით იქმნება შერეული კომისია, რომელიც შეიკრიბება ერთ-ერთი მხარის სურვილთ ავსტრიის ჩესპერიკისა და საქართველოს ჩესპერიკის მონიციალოთ.

2. შერეული კომისიის ამოქანებში, კერძო, შედის:

- არმანია საგარეო კკონომიკური კავშირების ანბონში,
- ნინოდაღების შემუშავები რო ქვეყნის საწარმოებს მორის კკონომიკური, სამრეწველო, ტექნიკური და სამუსიკურო-ტექნიკური თანამშრომლობის პირობების გაუმჯობესების მიზნობით,
- რეკომენდაციების მიერადი ამ შეთანხმების გამოყენებასთან დაკავშირებით.

## მ უ ხ ლ ი 14

ამ შეთანხმების განმარტებასა და გამოყენებასთან დაკავშირებული უთანხმოებები მხარეთა მორის გადახუცები მოღაბარიკებების გზით მე-13 მუხლი მოხსენიებული შერეული კომისიის ფირგლებში.

- 9 -

## 3 უ ხ ლ ი 15

1. ერთ-ერთი ან მრავალ მხარის ეკრანის ეკონომიკური ხილუები (ექს), ან ეკრანის კავშირში (ეფ) ან მათ სამიროო მუშაობრივი მრავალის მიერთება შესვლის დღიდან მინაშედები მხარეები ან შეინდუსტრიანი ამ შეთანხმების იმ ნაწილთ, რომელიც შეუთვისებული მხარეების, როგორც ამ მუხლის მოხსენიებული მრავალისაცივების წევრის სტატუსთან.

2. ასეთ შემთხვევაში მხარეები გამოართდენ მოლაპარაკების ამ შეთანხმების შესახებ.

## 3 უ ხ ლ ი 16

1. ეს შეთანხმება იდება რიცხვის ვალით და ავტომატურად გრძელდება ყოველი შემჩვენი ერთი წლით, თუ ერთ-ერთი მხარე ამ შეთანხმების მოქმედების ვალის გასვლამდე სამი თვეთ ძრენებით დაპლომატიური არხებით ან შეატყობინებს მეორე მხარეს თავისი სურვილის შესახებ შეთანხმების მოქმედების შეწყვეტის თაობაზე.

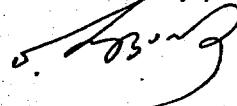
2. ჩინამდებარე შეთანხმება ექვემდებარება ჩინამდებარების და შედის ძალაში მესამე თვის პირველი ჩილევილი იმ თვის შემდეგ, როდესაც მოხდა სარატიფიკაციო სიგვროა გაცვლა.

შესრულებულია ვენაში 1994 წლის „24.“ მაისს, ან მრავიად, თითოეული გერმანულ და ქართულ ენებზე, ამავე დროს მრავალ ტექსტს თანაბარი ძალა აქვთ.

ავსტრიის წესპუბლიკის  
სახელით



საქართველოს წესპუბლიკის  
სახელით



**VORBLATT****Problem:**

In Hinblick darauf, daß mit dem Zerfall der Sowjetunion die Republik Georgien als neues Völkerrechtssubjekt entstanden ist, ergab sich die Notwendigkeit der vertraglichen Regelung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Staat.

Die Republik Georgien ist noch nicht Vertragspartner des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

**Ziel:**

Mit dem Abkommen über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen soll einerseits der bilaterale Warenverkehr und andererseits auch die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit mit der Republik Georgien geregelt und ausgeweitet werden.

Durch das Abkommen räumen die Republik Österreich und die Republik Georgien einander die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben im Umfang von Art. I und V Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) ein.

**Alternative:**

Nichtabschluß des Abkommens und somit ein vertragsfreier Zustand im wirtschaftlichen Bereich.

**Kosten:**

Das Abkommen kann im Rahmen der bestehenden Administration verwaltet werden. Durch die im Abkommen vorgesehene Errichtung einer „Gemischten Kommission“ werden keine nennenswerten Mehrkosten entstehen.

**EWR- bzw. EG-Kompatibilität:**

Im Abkommen ist vorgesehen, daß mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) jene Bestimmungen des Abkommens ihre Bindungswirkung für die Vertragsparteien verlieren, die mit dem neuen Rechtsbestand unvereinbar sind. Es entfällt somit die Notwendigkeit einer formalen Kündigung des Abkommens. Jene Bestimmungen, die mit dem neuen Rechtsbestand vereinbar sind, werden in einer Bestandsaufnahme durch die Vertragsparteien als weitergeltend identifiziert.

Die in den Art. 3 und 4 des vorliegenden Abkommens vorgesehene Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Bereich, so vor allem durch die Definition chancenreicher Kooperationsbereiche und Projekte, stellt eine notwendige Ergänzung der wirtschaftsvertraglichen Beziehungen zwischen den EG und Georgien unter bewußter Inanspruchnahme des autonomen Regelungsbereiches dar.

## Erläuterungen

### Allgemeiner Teil

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Georgien über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen enthält — wegen Einräumung der Meistbegünstigung an ein Nicht-GATT-Mitglied — gesetzändernde Bestimmungen und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat keinen politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Einer Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz bedarf es nicht, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die in den selbständigen Wirkungsbereich der Länder fallen.

Dieses Abkommen soll eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen (Präambel) schaffen.

Obwohl Georgien nicht Mitglied des GATT ist, sieht das Abkommen, in Würdigung und zur Unterstützung der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Reformbestrebungen, die Einräumung der „Meistbegünstigung“ im Umfang von Artikel I und V GATT vor.

„Von marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgehend“ (Präambel), wird dieses Abkommen nicht nur den Warenaustausch, sondern auch die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit regeln.

### Besonderer Teil

#### **Zur Präambel:**

Neben allgemeinen Zielsetzungen, wie dem Wunsche nach Intensivierung der bestehenden beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen sowie dem Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit zu fördern, und dem Bekenntnis zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen, ist auch ein Rechtsvorbehalt zugunsten der „im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften“ verankert.

#### **Zu Artikel 1 (gesetzändernd):**

Die Vertragsparteien gewähren einander im Abs. 1 die Meistbegünstigung im Umfang von Art. I und V des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Im Abs. 2 sind die Ausnahmen vom Grundsatz der Meistbegünstigung festgelegt.

#### **Zu Artikel 2:**

In Fortführung des Bekenntnisses zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen wird generell die Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den „Unternehmen“ beider Staaten festgelegt.

#### **Zu Artikel 3:**

Beispielhafte Anführung chancenreicher Kooperationsbereiche, wobei als Maßstab die „höchsten Standards der Umwelttechnologien“ normiert sind.

#### **Zu Artikel 4:**

Höchstes Interesse soll der Zusammenarbeit in den angeführten Infrastrukturbereichen gewidmet werden, in Hinblick auf die Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme.

**Zu Artikel 5:**

Beiderseitiges Bekenntnis zur Förderung des Tourismus im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften sowie der gemeinsamen internationalen Verpflichtungen der Vertragsparteien. Die Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf die Qualität im Tourismus Bedacht nehmen.

**Zu Artikel 6:**

Beiderseitiges Bekenntnis zur Förderung des Schutzes des gewerblichen Eigentums und dessen Durchsetzung sowie zum Ausbau der Zusammenarbeit in diesem Bereich.

**Zu Artikel 7:**

Der Zahlungsverkehr zwischen Österreich und Georgien soll in frei konvertierbarer Währung erfolgen.

**Zu Artikel 8:**

Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten soll zu marktgerechten Preisen erfolgen und ist in jeder beliebigen Form entsprechend den internationalen Handelsbräuchen und Finanzpraktiken möglich.

**Zu Artikel 9:**

Zur Vermeidung von Störungen am Inlandsmarkt sowie zum Schutz der inländischen Hersteller vor schwerwiegenden Schädigungen ist bei auftretenden Schwierigkeiten im bilateralen Handel zunächst durch die Aufnahme von Konsultationen eine gemeinsame Lösung anzustreben. Wird in den Konsultationen keine Einigung erzielt, so kann die betroffene Vertragspartei einseitige Maßnahmen setzen, soweit diese zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich sind, wobei die andere Vertragspartei dann ihrerseits die Möglichkeit hat, von ihren Verpflichtungen für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

Abs. 4 bietet die Möglichkeit der Ergreifung vorläufiger Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen in Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde.

Für die Auswahl der Maßnahmen gilt das Prinzip des jeweils gelindesten Mittels.

**Zu Artikel 10:**

Beiderseitiges Bekenntnis der Notwendigkeit der stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

**Zu Artikel 11:**

Die Beilegung von Streitfällen zwischen den Unternehmen beider Staaten soll primär durch freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen erfolgen. Die Vertragsparteien werden die Streitbeilegung durch Schiedsgerichte und die Anwendung der UNCITRAL-Schiedsregeln fördern.

**Zu Artikel 12:**

Abkommensänderungen oder der Ablauf seiner Gültigkeit sollen auf die Abwicklung vorher abgeschlossener Unternehmensverträge keinen Einfluß haben.

**Zu Artikel 13:**

Als höchstes bilaterales Wirtschaftsforum wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Vorschlag einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder nach Georgien einberufen wird.

**Zu Artikel 14:**

Die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung oder Auslegung des Abkommens soll durch Verhandlungen im Rahmen der „Gemischten Kommission“ erfolgen.

**Zu Artikel 15:**

Für den Fall der Teilnahme zumindest einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) ist vorgesehen, daß die Ver-

## 34 der Beilagen

17

tragsparteien durch das vorliegende Abkommen insofern nicht gebunden sind, als die bestehenden Verpflichtungen mit dem jeweils geltenden Rechtsbestand unvereinbar sind. Mit dieser Bestimmung entfällt die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Die Weitergeltung der Bestimmungen des Abkommens, die nicht vom EWR- bzw. vom EG-Rechtsbestand erfaßt sind, erfolgt durch die gemeinsame deklaratorische Feststellung der Vertragsparteien.

**Zu Artikel 16:**

Die Geltungsdauer des Abkommens wird mit zwei Jahren festgelegt, mit automatischer Verlängerung um jeweils ein weiteres Jahr. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate jeweils vor Ablauf der Gültigkeit des Abkommens.